

Wilsdruffer Tageblatt

Fersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Wichtig! Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 4 Mk., durch unsern Verleger zugestanden in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postböden sowie andere Abnehmer und Geschäftsstellen können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Abonnementpreis 1 Mk. für die halbjährliche Recurrenz oder deren Anzahl, Leihpreis 2 Pfd. Achtung! 2.00 Mk. Bei Abnahme und Aufhebung der Recurrenz ist die halbjährliche Recurrenz zu zahlen. Bei Abnahme der Zeitung ist die halbjährliche Recurrenz zu zahlen. Bei Abnahme der Zeitung ist die halbjährliche Recurrenz zu zahlen. Bei Abnahme der Zeitung ist die halbjährliche Recurrenz zu zahlen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 68.

Dienstag den 22. März 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Landbezug von Braunkohlenbriketts betr.

Zur Abfuhr im Monat April stehen der Amtshauptmannschaft von den Braunkohlenwerken in Wiesa und von Müllgrube in Mückenberg Briketts zur Verfügung.

Von Wiesa hat die Abholung in der Zeit vom 11. bis 18. April und von Mückenberg vom 12. bis 20. April zu erfolgen.

Derjenigen, welche von diesem Bezug Gebrauch zu machen wünschen, wollen halbwegs einen entsprechenden Antrag mit Angabe der Menge in Formeln und unter Vorlegung

der Kohlenkarte hierher einreichen. Der Abfuhrtag, der auf dem Landabfuhschein vermerkt ist, ist nach Möglichkeit einzuhalten. Auf jeden Fall muß jedoch die Abfuhr innerhalb der vorstehend angegebenen Fristen erfolgen.

Meissen, am 18. März 1921. Nr. 617 b II R. Die Amtshauptmannschaft.

Mittwoch, den 23. März vormittags 9—12 Uhr Abgabe von Hafersoden an Minderbemittelte. Pfund 1,10 Mk.

Wilsdruff, am 19. März 1921.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichschatzminister hat eine Verordnung zum beschleunigten Abbau der Kriegsgesellschaften fertiggestellt.

* Auf Anregung der deutschen Sachverständigen sind die aus politischen Gründen in London gemachten Vorschläge infolge des Scheiterns der Konferenz als zurückgezogen erklärt worden.

* Am Reichstagsauschuss wurde zwischen den Parteien eine grundsätzliche Einigung über das Entwaffnungsgesetz erzielt.

* Das Landgericht Potsdam hat die Entfällung des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen abgelehnt.

* Der Friedensvertrag zwischen Polen und Rußland ist endgültig unterzeichnet worden.

* Die schweizerische Presse weist darauf hin, daß entgegen allen Erwartungen beim Eintritt der „Sanktionen“ der französische Markt mehr zurückgegangen ist als die deutsche Markt.

Der Abstimmungstag in Oberschlesien.

Interalliierte und polnische Übergriffe. z. Breslau, 20. März.

Nach in den letzten Stunden vor der Abstimmung machten die Polen und ihre interalliierten Freunde verächtliche Versuche, den Deutschen die Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht nach Möglichkeit zu verleiern und sie durch Gewalttätige allerhöchster Art in Schrecken zu setzen. In vielen Orten, besonders in kleineren Dorfgemeinden, konnten deutsche Stimmberechtigte nur mit Mühe oder überhaupt nicht untergebracht werden, da sie von fanatischen Polen aus den Häusern vertrieben wurden. In die Polen gingen sogar so weit, daß sie die Häuser, in denen zugewanderte Oberschlesier ein Unterkommen gefunden hatten, einfach in Brand steckten und dann das Löschen des Brandes verhinderten. Auch an Villen, Überläufen und Bombenanschlägen fehlte es nicht.

In Kattowitz fanden die polnischen Terroristen einen treuhändigen Helfer in der Person des französischen Kreis-Kontrolleurs, der einen widerrechtlich und willkürlich verhafteten deutschen Journalisten, Herrn Dr. Manfred Georg, in großer Erregung tätlich angriff, weil der Verhaftete einen von zuständigen Stellen ausgehenden Bericht in gutem Glauben verbreitet hatte. Dr. Georg, der blutige Verletzungen am Gesicht davontrug, erwiderte auf der Stelle die Schläge und es entspann sich zwischen ihm und dem Franzosen eine Prügelei. Schließlich wurde der deutsche Pressevertreter freigelassen, aber sich wegen seiner Absicht zu entschuldigen — das fiel dem französischen Kreis-Kontrollleur natürlich nicht ein. Die in Oberschlesien wirkenden Vertreter der deutschen Presse haben wegen des Vorfalls ein Protesttelegramm an die Interalliierte Kommission in Opatowitz gerichtet.

Bei Kattowitz wurden der britische Polizei-Kontroll-offizier Captain Simpson und seine Frau, ein französischer Hauptmann und ein deutscher Polizeioffizier, Hauptmann Stufmann, die zusammen in einem Kraftwagen fahren, von einem Dutzend Banditen überfallen. Der deutsche Offizier wurde tödlich getroffen. Die anderen Insassen des Autos blieben unverletzt.

Große Begeisterung erweckte in ganz Oberschlesien der am Tage vor der Abstimmung veröffentlichte letzte Aufruf der Reichsregierung, in der die Oberschlesier von dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler noch einmal daran erinnert wurden, daß von ihnen allein das Schicksal ihrer engeren Heimat abhängt. Oberschlesien und Deutschland seien untrennbar miteinander verbunden durch Bande des Blutes, durch die gemeinsame Kultur, durch den gleichzeitigen sozialen Aufstieg und durch die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Würden diese Bande zerissen werden, so sei die fruchtbarste Arbeit des letzten Jahrhunderts zunichte gemacht, und Hunger, Not und Elend wären die unausbleiblichen Folgen.

Telegraphisch wird uns weiter gemeldet:

Breslau, 21. März, 2 Uhr 40 Min. vorm. Die Hauptgeschäftsführung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, die, da der Telefonverkehr nach Oberschlesien gestört ist, einen Kurierdienst eingerichtet hat, der durch die Vertrauensmänner familiärer Ortsgruppen in Oberschlesien sofort Meldungen über die Abstimmungsergebnisse übermittelt, teilt mit: Die Wahlbeteiligung ist nach allen eingelaufenen Berichten überaus groß. Die besten Wahlbeteiligungsziffern aller Reichs- und Landtagswahlen sind weitens überschritten. Soweit wie die

Lage übersehen können, ist durchweg 100 v. H. Wahlbeteiligung; beste Ziffern auf deutscher Seite; polnischer Terror tritt bisher nicht in Erscheinung. In Kattowitz und längs der polnischen Grenze im Kreise Kattowitz ist alles ruhig verlaufen. Aus Lublitz wird gemeldet: Polnische Soldaten verlockten vergebens, Wahllokale zu stürmen. In Borswalde im Stadtkreise Oppeln wurde eine größere Anzahl polnischer Leute vermutet, die Stimmzählung hat jedoch ergeben, daß für Polen nur eine Stimme abgegeben wurde.

Berlin, 21. März, 3 Uhr vormittags. Amtlich. Die von der interalliierten Kommission in Opatowitz angeordnete Sperre des Fernsprecheverkehrs hat eine geordnete zuverlässige Berichterstattung über das Abstimmungsergebnis unmöglich gemacht. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß eine Anzahl von privater Seite verbreiteter Meldungen, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, der Zuverlässigkeit entbehren. Zur Stunde läßt sich noch keineswegs ein Überblick über das Abstimmungsergebnis gewinnen. In einer Reihe von Städten ist die deutsche Mehrheit, wie erwartet werden mußte, erzielt worden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen, die ebenfalls nur unter Vorbehalt wiedergegeben werden, hat sich in der Stadt Oppeln eine deutsche Mehrheit von 94 v. H. ergeben. Der Landkreis Oppeln weist nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ebenfalls eine deutsche Mehrheit auf, doch fehlt von 164 Orten noch das Ergebnis aus 60 Ortschaften. In der Stadt Groß-Strehlitz beträgt die deutsche Mehrheit 85 v. H., in der Stadt Rosenberg 90 v. H., in der Stadt Tarnowitz 83 v. H., in der Stadt Cosel 94 v. H. und in der Stadt Gleiwitz 90 v. H.

Bisher 700 000 deutsche gegen 489 000 polnische Stimmen.

Opatowitz, 21. März. (tu.) Das deutsche Plebiszit-Kommissariat teilt mit: Nach den bisher hier vorliegenden Meldungen stellen sich die Abstimmungsergebnisse einschließlich von Pleß und Rohnitz auf 700 000 deutsche und 489 000 polnische Stimmen. Eine Anzahl von Wahlorten sind allerdings noch nicht gemeldet. Dies trifft besonders für die Kreise Pleß und Rohnitz zu. Allerdings dürfte sich das Gesamtergebnis im wesentlichen nicht mehr viel ändern. In einer zur Zeit nicht genau zu übersehenden Zahl von Orten scheint es zu einer eigentlichen Wahl der Abstimmungsberechtigten überhaupt nicht gekommen zu sein. Die Telegramme der Korrespondenten aus den unter Zensur der Interalliierten Kommission stehenden Ortschaften sind mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Die deutsche Mehrheit.

Opatowitz, 21. März. (tu.) Das Plebiszit-Kommissariat gibt weiter bekannt: Trotz des ungeheuerlichen Terrors, der im Gebiet östlich der Oder ohne wirksame Gegenmaßnahmen der Interalliierten Kommission geherrscht hat, ist im Industriegebiet eine sichere Mehrheit im Gebiet der Oder eine überwiegende Mehrheit erreicht worden. Die Städte Kattowitz, Kattowitz, Königsbrunn, Beuthen, Gleiwitz, Tarnowitz, Lublitz und Kreuzberg haben bis zu 90 Prozent deutsche Stimmen erreicht. Die Industrie-Landgemeinden Laurahütte, Siemianowitz, Bismarckhütte, Hindenburg-Jahre haben die erwartete deutsche Mehrheit überboten. Während noch in der Nacht zum 20. März die Polen mit allen Mitteln der Einschüchterung gearbeitet haben, hat sich die Abstimmungsbildung, soweit bisher zu übersehen ist, in Ruhe abgewickelt.

Die Abstimmung im Kreise Pleß für ungültig erklärt?

Berlin, 21. März. (tu.) Wie nichtamtlich verlautet, ist die Abstimmung im Kreise Pleß von den Italienern für ungültig erklärt worden, weil die Abstimmungsfreiheit durch den polnischen Terror zu stark beeinträchtigt war.

Unsere Antwort.

Die deutsche Delegation ist aus London mit leeren Händen zurückgekehrt, aber sie hat sich wenigstens ganz einwandfrei davon überzeugen können, daß man auf der Gegenseite keine Verständigung will, sondern Unterwerfung, und nur Unterwerfung. Die ersten, die aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen zogen, waren die Sachverständigen. Man hatte sie wochenlang in Anspruch genommen, um der Reichsregierung eine hieb- und Stichfeste Grundlage für ihre Gegenanschläge zu sichern, und nun ist in London doch andere Wege gehen, hätte sich dort Zugeständnisse abringen lassen, denen die Sachverständigen in der Heimat nicht ihre Unterschrift gegeben hätten. Mit dem Erfolg, daß Lloyd George von einer Herausforderung der Alliierten, von einer Verbesserung des Versailles Vertrages sprach! Daraufhin glauben die Sachverständigen sich nicht bei den Dankes-

zeugungen, die ihnen vom Reichsminister Dr. Simons im Reichstage gesendet wurden, beruhigen zu dürfen. Sie warteten nicht ab, bis man sie wieder von Obriente wegen zusammenrief, sondern taten sich in Anlehnung an den für solche Dinge zuständigen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu einer Besprechung der Lage zusammen. Die Minister Dr. Simons und Dr. Wirth wurden eingeladen, lehnten aber die Teilnahme ab, da sie mit ihren Darlegungen vor dem Reichstag, der Vertretung des ganzen Volkes, ihre Pflicht für erfüllt hielten.

So blieben die Sachverständigen unter sich, und sie gingen zu Simons, da Simons nicht zu ihnen kam. Man traf sich beim Minister des Auswärtigen und erklärte ihm, auf Grund genauer Kenntnis der deutschen Leistungsfähigkeit nach wie vor der Überzeugung zu sein, daß weder die mit den Pariser Forderungen der Entente noch die mit den beiden Londoner Angeboten der deutschen Regierung verbundenen finanziellen Leistungen von der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden können. Diese deutschen Anerbietungen, die wirtschaftlich nicht gesichert seien, müßten für ihre Erfüllung an ähnliche Voraussetzungen geknüpft werden und ähnliche Folgen zeitigen, wie sie von den Sachverständigen in ihrer Denkschrift über die Pariser Forderungen dargelegt sind. Herr Dr. Simons dankte für diese Mitteilungen und wiederholte, was man ja schon des öfteren von ihm gehört hat, daß die Höhe der Angebote der deutschen Regierung aus politischen Erwägungen gebundenen Angebote in London nach den Ereignissen der letzten Zeit als nicht mehr bestehend und endgültig erledigt betrachtet — womit also die Einheitsfront mit den Sachverständigen als glücklicherweise hergestellt betrachtet werden darf. Schon hat sich aus dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Kommission gebildet, um Maßnahmen ausfindig zu machen, die sich gegen die „Sanktionen“ der Entente mit Aussicht auf Erfolg in Anwendung bringen lassen, und auf der anderen Seite soll, da man es bei der bloßen Abwehr nicht bewenden lassen möchte, im Wiederaufbauministerium erneut über praktische Vorschläge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens beraten werden. So gibt es also auf unserer Seite keinen Stillstand, wie sehr man sich auch auf allen Seiten nach einer Art Atempause nach allen den Anstrengungen der letzten Wochen und Monate sehnen mag.

Im übrigen: In diesem Punkte wenigstens ergibt sich volle Übereinstimmung zwischen uns und unsern Feinden. Auch sie, insbesondere die Franzosen, erklären, an die Verhandlungen von London nicht mehr gebunden zu sein. Alle Eingangspläne, die dort in den letzten Tagen aufgetaucht seien, würden von der französischen Regierung als null und nichtig betrachtet. Fragt sich nur, was für Folgerungen sich daraus ergeben werden. Dabei kommt es durchaus nicht so sehr darauf an, was die Pariser Radepolitiker wollen. Die Wirtschaftsgesetze gehen ihren eigenen Weg, und da verdient es, inmitten des Lärmes, der in Paris gemacht wird, um so größere Beachtung, daß seit dem Eintritt der „Sanktionen“, der Zwangsmassnahmen, der französische Franken mehr zurückgegangen ist als die deutsche Mark, woraus hervorgeht, daß die Industrie- und Börsenführer sich von den „Sanktionen“ gar nichts versprechen. Die erwartete finanzielle Gesundung Frankreichs beginnt also seltsamerweise mit einer Entwertung des Franken, die bei der mächtigen Auslandsverschuldung Frankreichs gleich Milliarden ausmacht, vermehrt mehr als der ganze Unterschied des ersten Jahres zwischen den französischen Forderungen und dem deutschen Gegenpart.

So steht es mit der wirtschaftlichen Wirkung der „Sanktionen“. Mit der moralischen können wir ganz gewiß mindestens ebenso zufrieden sein. Die Welt hat gesehen, daß man uns nicht mehr alles bieten kann. Diese Erkenntnis bildet ganz bestimmt einen wertvollen Posten in unserer Bilanz. Zunächst also dürfen wir immerhin zufrieden sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schneller Abbau der Kriegsgesellschaften.

Der Reichschatzminister hat eine Verordnung fertiggestellt über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und Kriegssanktionen des Reiches. Darin wird die gleich-